

# Eine Million Euro Belohnung - schauen wir mal, ob linke Terroristen käuflich sind

Für Hinweise zur Ergreifung der Linksterroristen, die vor einigen Wochen den Berliner Südwesten tagelang von der Stromversorgung abgeschnitten hatten - 45.000 Haushalte kalt und dunkel - wird heute eine Belohnung in Höhe von einer Million Euro ausgesetzt. „Kopfgeld“, werden sie nachher in Antifa-Kreisen wieder jaulen. Gut so!

Ich bin nicht sicher, ob das wirklich funktioniert

Aber es ist ein Gedankenspiel, das mich fasziniert.

Denn so verstrahlt politische Extremisten auch sind: Eine Million Euro ist für jemanden, der in einer linksautonomen Asi-WG lebt und sich vom Staat das Nötigste finanzieren lässt und abends Spaghetti kocht, die man morgens beim Kapitalisten im Netto-Markt revolutionär vergesellschaftet hat, eine Menge Kohle.

**+++Apropos...es muss keine Million sein+++Aber wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen, spenden Sie bitte auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal @Vers 1 Medien GmbH+++**

Nie wieder Sorgen, leben, wo und wie man will, selbstbestimmt - da kann der revolutionäre Kampf schnell mal zur Nebensache werden. Vor allem, wenn man dafür nur mal ein paar „kämpfende Genossen“ ans Messer liefern muss.

Als ich heute Morgen von der ungewöhnlichen Aktion erfuhr, musste ich sofort an Friedrich Dürrenmatts Tragikomödie „*Der Besuch der alten Dame*“ aus dem Jahr 1956 denken. Ich habe immer mal meinen Kindern, als sie noch Schüler waren, gesagt, dass sie dieses Buch und „1984“ von George Orwell unbedingt aufmerksam lesen und verstehen müssen. Weil sie dann die Grundlage verinnerlichen, wie unsere Welt funktioniert.

Also, falls Sie es - bedauerlicherweise - nicht kennen: In dem Stück geht es um die Käuflichkeit von Moral und Gerechtigkeit.

*Schnell erzählt:*

Die Milliardärin Claire Zuchanassian kehrt in ihre verarmte Heimatstadt Gullen zurück und bietet den Bürgern des Ortes, die sie einst schlecht behandelt hatten, an, der Stadt eine Milliarde Schweizer Franken zu schenken. Nie wieder Sorgen, Reichtum - aber es gibt eine Bedingung: Für ihre Großzügigkeit müssen sie ihre Jugendliebe Alfred Ill umbringen. Der hatte sie einst geschwängert und die Vaterschaft vor Gericht geleugnet, woraufhin Claire die Stadt als ausgestoßene Prostituierte verlassen musste. Also, was soll ich sagen: Claire war echt sauer danach - zu Recht, wie ich finde.

Die Bürger von Gullen lehnen ihr Angebot natürlich reflexhaftig und entrüstet ab, doch dann bröckelt die

allgemeine Empörung zusehends. Ich will das Ende nicht vorwegnehmen, nur so viel: Die Menschlichkeit siegt nicht.

Ist Gerechtigkeit käuflich?

„Man kann alles kaufen“, sagt „Claire“ in dem Drama von Dürrenmatt. Und das ist im Grunde auch das Motiv im Hollywood-Streifen *„Ein unmoralisches Angebot“*. Darin bietet der Milliardär John Gage (Robert Redford) einem finanziell ruinierten Ehepaar (Demi Moore und Woody Harrelson) eine Million Dollar für eine einzige Nacht mit der Ehefrau an. Auch das Paar ist empört – zu Beginn. Und auch sie lassen sich darauf ein, weil es ihr ganzes verkorkstes Leben mit einer – unmoralischen – Handlung in eine vermeintlich bessere Bahn lenkt. Ich habe es nicht so mit Liebesschnulzen, aber den habe ich über die Jahre drei Mal angeschaut.

Ist wirklich jeder käuflich, alles eine Frage des Preises? Das werden wir jetzt erleben – eine Million Euro dafür, ein paar linksextreme Vollidioten ans Messer zu liefern. Ein spannendes Experiment, oder? Die linke Antifa-Szene in Berlin wird das zurückweisen, sie werden sich lustig machen über das Angebot. Aber in irgendeinem Kopf wächst nachher ein kleiner Gedanke, bei einem, der keine Lust mehr darauf hat, in seiner verranzten Bude von der Revolution zu schwafeln, sondern dem eigenen trostlosen Dasein eine sonnige Wende geben will.

Eigentlich müsste man wetten, ob das funktioniert ...

---

## **Heimtückische Falle - wer betreibt so viel Aufwand, um wahllos Menschen zu töten?**

Sind es wohlstandsverwahrloste asoziale Jugendliche oder Terroristen? Ich hoffe, wir erfahren es bald. Jedenfalls haben noch unbekannte Wahnsinnige in der Nacht zu Samstag auf der A 281 bei Bremen eine mörderische Falle aufgestellt, und es grenzt an ein Wunder, dass niemand zu Schaden gekommen ist.

Gegen 2 Uhr morgens blockierten Unbekannte zwischen den Anschlussstellen Strom und Seehausen in völliger Finsternis die Fahrbahn der Autobahn mit einem tonnenschweren, unbeleuchteten Sattelaufleger – quer über beide Fahrbahnen und sogar den Seitenstreifen. Wer hier mit Autobahngeschwindigkeit unterwegs war, steuerte direkt in den Tod.

Die Bremer Polizei sagt, dass es sich nicht um ein „vergessenes Ladungsteil oder die Folge eines Unfalls“ handelt. „Der schwarze, unbeladene Anhänger wurde gezielt und mit mehreren Arbeitsschritten auf der Autobahn positioniert“, so Polizeisprecher Nils Matthiesen.

Inzwischen wissen wir, dass der Auflieger kurz vorher von einem videoüberwachten Firmengelände in

der Nähe geklaut wurde.

Die Täter - und jetzt wird es interessant - müssen mit einer eigenen Zugmaschine vorgefahren sein, um den Anhänger anzukoppeln, zum Tatort zu transportieren und dort methodisch querzustellen. Wer betreibt solchen Aufwand, um wahllos Menschen zu töten?

Dass es keine Toten gab, ist der Geistesgegenwart eines 64-jährigen Lkw-Fahrers zu verdanken. Er erkannte das Hindernis in der Dunkelheit im letzten Moment und legte eine Vollbremsung hin. Dann rollte er ein paar Meter zurück, sicherte die Unfallstelle und warnte nachfolgende Autofahrer.

Was könnte das Motiv für den Mordversuch sein?

Die Ermittler haben bisher keine Ahnung. Es gab früher immer mal wieder Fälle, wo Steine oder Betonbrocken von Fahrbahnbrücken auf Fahrzeuge geworfen wurden. Dabei gab es mehrfach Tote. So Ostern 2008 in der Nähe von Oldenburg, wo ein 31-jähriger Mann einen sechs Kilogramm schweren Holzklotz von einer Brücke auf die A 29 warf. Der Klotz durchschlug die Windschutzscheibe eines Autos und tötete eine 33-jährige Mutter vor den Augen ihrer Familie. Der Täter - immerhin - wurde gefasst und wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt.

Die Kripo Bremen bittet dringend um Zeugenhinweise unter der Telefonnummer 0421-362-3888.

---

## **Gehen wir die Dinge einmal grundsätzlich an!**

Eine unserer „Foristen“ der ersten Stunde hat mich in eine Diskussion gezogen, die mich weiter intensiv beschäftigt. Das passiert übrigens oft, wenn hier kluge Menschen für Denkanstöße sorgen und wenigstens ein Mindestmaß an Differenzierungsfähigkeit ihr Eigen nennen. Das ist zweifellos bei den meisten von Ihnen so.

Deutschland hat große Probleme, wir stecken in einer dramatischen Krise. Aber anders als einige hier stehe ich ohne Wenn und Aber zu meinem Heimatland. Deutschland hat hohe Staatskredite, die aber bisher problemlos bedient werden können. Unsere Innere und Äußere Sicherheit sind mangelhaft, das vorrangige Problem der Massenmigration ist weiter ungelöst. Da sind wir uns wahrscheinlich einig.

Aber die Probleme liegen viel tiefer, sind viel gravierender als die Frage, wen oder was man wählen sollte. Das ist wichtig, aber bevor wir die Gegenmaßnahmen, die Therapie, angehen, sollten wir eine ausführliche Diagnose erstellen.

Wie ich unserer lieben „Foristin“ Frau Dr. Königs-Albrecht versprochen habe, beginnen wir heute damit und ziehen unsere Diskussion auf eine breitere Ebene, in der wir ein breiteres Publikum ansprechen und einladen... Nachfolgenden Beitrag habe ich eben als Titelstory bei *TheGermanZ* veröffentlicht:

**Das „beste Deutschland aller Zeiten“ geht gerade vor die Hunde**

Alles hat im Forum meines [Blogs](#) begonnen, wo vor einigen Tagen mit einer langjährigen Leserin aus

Düsseldorf – die aktiven Leser im Blog nennen sich selbst „Foristen“ – eine Diskussion ausbrach, warum eigentlich Deutschland für andere Länder und offensichtlichen Unsinn (Fahrradwege in Peru) oder auch viele Millionen in Klima- und Antifa-Netzwerke stecken kann, aber die eigentlichen Kernaufgaben eines Staates nicht oder zumindest unzureichend sicherstellt.

Viele Deutsche sind auch heute stolz, dass wir zu den führenden Wirtschaftsnationen der Welt gehören. Doch hinter der glänzenden Fassade zeigen sich immer tiefere Risse im gesellschaftlichen Fundament. Das Grundgesetz verspricht uns allen, dass die Menschenwürde geschützt wird, dass wir sozial abgesichert sind, egal in welche Lebenslage wir rutschen, dass wir frei sind und keiner zurückgelassen wird.

**Dann lassen Sie uns mal den Faktencheck machen!**

Das wohl sichtbarste Zeichen für das Versagen unseres Staates ist die explodierende Zahl der Obdachlosen. Im November 2025 legte die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. (BAG W) ihren Bericht vor, der erschütternde Ergebnisse zu Tage brachte. Zum Jahreswechsel 2024/2025 gab es in Deutschland sage und schreibe eine Million Menschen ohne eigene Wohnung.

Während die amtliche Statistik des Bundesamtes zum Stichtag im Januar 2025 „nur“ rund 474.700 Personen in staatlichen Unterkünften erfasste, bleibt das Heer der „verdeckt Wohnungslosen“ weitgehend unsichtbar. Wir reden da über Menschen, die bei Bekannten auf dem Sofa schlafen, in Gartenlauben ausharren oder ganz offen auf der Straße und unter Brücken leben. Ich habe das in Potsdam selbst mal erlebt, als ich zur kalten Jahreszeit in die Sparkasse ging, um Kontoauszüge zu ziehen. Da lagen zwei Männer in Schlafsäcken und wünschten mir freundlich einen „Guten Abend“, froh, die Nacht (und wahrscheinlich weitere) im Warmen verbringen zu können.

**Wie kann das sein im angeblich besten Deutschland aller Zeiten?**

Am fehlenden Geld liegt es definitiv nicht. Deutschland legt „Sondervermögen“ für hunderte Milliarden Euro auf, und das ist nur möglich, weil wir kreditwürdig sind und Banken das Geld jederzeit bereitstellen, um die marode Infrastruktur Deutschlands aufzubretzeln und unsere Landesverteidigung endlich sicherzustellen. Gut so. Und für die geduldeten, aber eigentlich abgelehnten, Asylbewerber gibt die Bundesregierung im Jahr 28 Milliarden Euro aus. Das ist alles möglich.

Und gleichzeitig erledigt unser Staat seine Grundaufgabe nicht: Er schützt das Existenzminimum „Wohnen“ für die Menschen in Not nicht, obwohl er es könnte. Dazu muss man nicht den Sozialismus einführen, im Gegenteil. Aber in Berlin wählen die Leute ja so, dass keine ausreichenden Wohnungen gebaut werden können, und starten stattdessen Volksbegehren für die Verstaatlichung von Immobilienkonzernen. Berlin ist echt anders...

**Doch die Wohnprobleme sind längst nicht alles, an dem unser Staat krankt**

Zu den nicht eingelösten Kernversprechen unseres Staates gehört auch eine anständige Bildung für

unsere Kinder und Enkel.

Auch da ist Deutschland im internationalen Vergleich, insbesondere bei den PISA-Studien, weit hinten. Aktuelle Daten aus dem Jahr 2024 und 2025 zeigen, dass die Schere zwischen Kindern aus bildungsnahen und prekären Verhältnissen so weit offen klafft wie nie zuvor. Rund 2,2 Millionen Kinder sind in Deutschland armutsgefährdet – das sind über 15 % der jungen Generation. Warum ist Deutschland hier so schlecht?

Auf jeden Fall leiden unsere Schulen an chronischem Lehrermangel und viele Schulen sind in einem – entschuldigen Sie! – saumäßigen Zustand. Wenn sich Kinder nicht mehr trauen, in ihrer Schule auf die Toilette zu gehen, dann ist Alarmstufe Rot.

**Aber es ist auch müßig, alles dem Staat aufzubürden**

Wenn Eltern ihren Kindern Bildung vorenthalten oder dies aufgrund eigener Überforderung nicht leisten, muss der Staat mehr unternehmen. Wer in einem baufälligen Container unterrichtet wird und dessen Grundschullehrer ständig wechselt, hat gegen Kinder aus wohlhabenden Bildungs-Haushalten keine Chance. Unser Staat lässt zu, dass das Potenzial einer ganzen Generation durch Vernachlässigung eines großen und für Deutschland wichtigen Themas verschwendet wird.

**Doch es kommt noch ärger**

Die Vermüllung und Verwahrlosung in unseren Großstädten ist mehr als ein ästhetisches Problem. Es ist der Verlust an Respekt. Ein Verlust, der sowohl mit dem Schicksal des Nächsten als auch mit seinem Eigentum einhergeht.

In manchen Straßenzügen im Berliner Wedding, in Gaarden-Ost in Kiel, wo es die höchste Kinderarmutsrate in Schleswig-Holstein gibt, oder in Duisburg-Marxloh mit der grassierenden Verwahrlosung und der um sich greifenden Clankriminalität finden Sie unser Deutschland nicht mehr, das wir alle kannten und die meisten liebten.

**Hat das etwas mit der ungezügelter Massenmigration aus islamischen Ländern zu tun?**

Natürlich hat es das, aber es ist nicht der alleinige Grund. Diejenigen, die ihre Fernseher und vollgeschissene Windeln aus oberen Stockwerken der Mietbunker aus dem Fenster auf die Straße werfen, sind nicht der türkische Ladenbetreiber oder der junge ITler aus Syrien.

**In diesen Bezirken und Stadtteilen regiert die Gleichgültigkeit**

Vor Jahren dokumentierte RTL das Leben und Sterben in einem Hochhaus im Duisburger Stadtteil Hochheide, das im Volksmund der „Weiße Riese“ genannt wurde. Im Juli vergangenen Jahres wurde es abgerissen.

In einer der RTL-Reportagen wurde ein alkoholkranker Bewohner über einen längeren Zeitraum

begleitet, und die Voyeure vor den Fernsehbildschirmen konnten dem erbarmungswürdigen Mann beim psychischen und physischen Verfall ungefiltert zuschauen, wie er vor laufender Kamera exzessiv Alkohol konsumierte und seine Wohnung dabei verwarhlte. Schließlich starb er und Hunderttausende können sagen, sie waren teilnahmslos dabei. Warum hat RTL nichts unternommen damals, warum hat niemand vom Duisburger Sozialamt Alarm geschlagen? Wie kann es sein, dass so etwas in Deutschland offen passiert und niemand hilft?

Wohnkomplexe wie der „Weiße Riese“ mit hunderten Mietparteien bieten eine extreme Anonymität. Todesfälle wurden oft erst nach Wochen bemerkt, wenn Verwesungsgeruch durch die Flure zieht. Postbeamte weigern sich, in solchen Gebäuden noch Briefe zuzustellen.

Das beste Deutschland aller Zeiten?

Klar, wenn man ein eigenes Haus und ein Aktienpaket hat, dann kann man es sich schön machen hierzulande auch heute noch. Aber unser Staat muss sich endlich wieder vorrangig um seine Leute kümmern und sich statt Gender-Lehrstühlen und anderem Unsinn darum kümmern, dass unsere Kinder und dieses Land eine Zukunft haben.

Stimmen Sie mir zu? Dann schreiben Sie mir persönlich bitte an: [k.kelle@the-germanz.de](mailto:k.kelle@the-germanz.de)!

---

## **Unerträglich, was Trump gerade aufführt**

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber mir geht Trump langsam auf die Nerven. Die Grönland-Geschichte war im Kern zweifellos begründet, aber so, wie er es angegangen ist – „gebt mir ein kleines Stückchen Eis – das ist unterirdisch. Und nun, gestern ist er in Davos abgeflogen, zündet er den nächsten Kracher. In einem Interview mit FOX News behauptete der US-Präsident, die USA hätten die NATO eigentlich nie gebraucht. Die Verbündeten seien nach den Anschlägen vom 11. September 2001 zwar gefolgt, hätten sich aber „etwas abseits der Frontlinien“ bewegt. Eine Unverschämtheit, die in Großbritannien und Polen auf scharfen Widerspruch und große Empörung trifft.

Ein Sprecher von Premierminister Keir Starmer betonte, Trump spiele die Rolle der NATO-Truppen „zu Unrecht“ herunter. Insgesamt verloren 457 britische Soldaten in Afghanistan ihr Leben. „Ihr Opfer wurde im Dienst der kollektiven Sicherheit und als Reaktion auf einen Angriff auf unseren Verbündeten gebracht“. Und die Mutter eines gefallenen Veteranen bezeichnete Trumps Worte als „so beleidigend und schwer zu ertragen“.

Und der polnische General Roman Polko, der selbst in Afghanistan und im Irak im Einsatz war, widersprach Trump direkt: „Natürlich waren wir in der vordersten Linie.“ Er erinnerte an 43 gefallene polnische Soldaten.

## Warum macht Trump das?

Nach dem 11. September 2001 riefen die USA zum ersten und einzigen Mal in der Geschichte der NATO den Bündnisfall nach Artikel 5 aus. Partner wie Deutschland, Großbritannien und Polen leisteten daraufhin über zwei Jahrzehnte militärischen Beistand. Dass Trump nun behauptet, man habe das Bündnis nie benötigt, ist ein Schlag ins Gesicht all der tapferen Soldaten, die am Hindukusch ihre Pflicht getan und ihr Solidarität mit den Vereinigten Staaten bewiesen und oftmals mit ihrem Leben bezahlt haben.

---

## Die alte Weltordnung erledigt sich gerade - gut für uns!

*„Doch wenn wir nur bilateral mit einer Hegemonialmacht verhandeln, verhandeln wir aus der Schwäche heraus. Wir nehmen an, was uns angeboten wird. Wir wetteifern miteinander, wer am entgegenkommendsten ist. Das ist keine Souveränität. Es ist die Zurschaustellung von Souveränität bei gleichzeitiger Unterordnung.“*

Das ist nur ein kleiner Auszug aus der großartigen und wegweisenden Rede des kanadischen Premierministers Mark Carney gestern beim Weltwirtschaftsforum in Davos. (Die ganze Rede im Wortlaut finden Sie [hier](#))

Wir befinden uns in einer dramatischen Zeitenwende, oder wie Carney das formuliert: *„Wir befinden uns mitten in einem Bruch, nicht in einem Übergang.“*

Begonnen hat das alles mit Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine und dem Herumlavieren des Präsidenten der westlichen Führungsmacht USA.

Das zwingt das Verteidigungsbündnis NATO eine eigene Handlungsfähigkeit auch ohne Washington auf die Beine zu stellen.

Und weil die Strukturen wie bei der EU auch bei der NATO so veraltet sind, hat sich innerhalb des Bündnisses eine „Koalition der Willigen“ rund um England, Frankreich, Deutschland und die Skandinavier gebildet. Alleine das war noch vor zwei Jahren unvorstellbar, aber es war ein erstes Zeichen, dass sich etwas irreversibel verändert. Auch wenn die Ära Trump in zwei Jahren Geschichte sein wird.

### Die alte regelbasierte Weltordnung ist erledigt

Im Grunde kann man die Vereinten Nationen auflösen.

Neue kluge Staatenlenker beginnen, abseits von trägen Institutionen wie UN, EU und NATO, die Zukunft zu entwickeln. Persönlichkeiten wie Carney, aber auch Alexander Stubb aus Finnland, Mark Rutte spielt als NATO-Generalsekretär ebenfalls eine wichtige Rolle.

Der globale Westen als Gemeinschaft der freien und wohlhabenden Ländern emanzipiert sich von Amerika.

Das ist eine gute Nachricht und muss dennoch keinen Bruch mit den USA bedeuten, denen gerade wir

Deutschen viel zu verdanken haben und mit denen wir grundsätzliche Werte und Menschenrechte ganz automatisch teilen.

Schauen wir, was jetzt passiert, aber wir alle treten in eine neue Phase der Weltpolitik ein, die ich höchst spannend finde und sehr begrüße.

**Übrigens... wenn Sie meine Arbeit unterstützen möchten, spenden Sie bitte auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal auf @Vers 1 Medien GmbH.**

---

## **Wo politische Macht und großes Geld aufeinandertreffen sind Trump und der „Great Rest“ nicht weit**

Das Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos ist eine Veranstaltung der Superlative. Es gibt nichts Vergleichbares auf der Welt, und das liegt nicht nur an dem denkwürdigen Auftritt des amerikanischen Präsidenten Donald Trump gestern vor der politischen und wirtschaftlichen Elite vor Ort und den vielen Millionen Zuschauern rund um den Erdball. Davos - das ist für die Mächtigen der Welt so was wie der Super Bowl im Sport. Einzigartig.

3000 Teilnehmer, 65 Staats- und Regierungschefs sind dabei, 350 hochrangige Regierungsvertreter, 850 CEOs weltweit führender Unternehmen, wichtige Personen im globalen Machtspiel wie EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und NATO-Generalsekretär Mark Rutte.

Vergessen Sie die „Bilderberger“ oder Putins Wirtschaftsgipfelchen in Sotschi!

In Davos spielt die Musik.

Der Auftritt von Donald Trump gestern war, wie man es von ihm kennt. Selbstverliebt, in Teilen unverschämt, witzig aber auch aussagekräftig. Dass der Druck aus der Grönland-Frage raus zu sein scheint, war eine wirkliche Nachricht und wird gern gehört.

„Wir haben über Jahrzehnte so viel für euch getan, und jetzt bitten wir nur darum, dass Ihr uns ein Stückchen Eis dafür gebt...“ Solche Sätze gibt es nur von „TheDonald“, oder? Und dann der Zusatz: Wenn Amerikas Wunsch erfüllt werde, dann sei man sehr dankbar. Und wenn nicht, dann werde man es nicht vergessen...

Viele meiner Freunde fremdeln mit Trump, aber ich mag ihn. Nicht alles, aber die große Linie. Das ist ein US-Präsident, wie ihn die Welt noch nicht erlebt hat...

Über was überhaupt nicht gesprochen wird in Davos, ist der große Aufreger in manchen konservativen

Milieus. Ich kam vorhin im NIUS-Chat drauf, als einer das Thema ansprach: den „Great Reset“.

Das Weltwirtschaftsforum wagte sich vor fünf Jahren daran, über eine regelbasierte Weltwirtschaftsordnung grundsätzlich zu diskutieren. Man wollte Lehren aus der globalen Covid-19-Pandemie ziehen. Beim Treffen im Juni 2020 stellte der Gründer des WEF, Klaus Schwab, zusammen mit dem Autor Thierry Malleret ein Buch mit dem Titel „Covid-19: Der große Umbruch“ vor. Darin heißt es: „Es geht darum, die Welt weniger gespalten, weniger verschmutzend, weniger zerstörerisch, integrativer, gerechter und fairer zu machen, als wir sie in der Zeit vor der Pandemie hinter uns gelassen haben.“ (K. Schwab, T. Malleret: Covid-19: Der große Umbruch, Schlussfolgerung, S. 293). Das klingt erst mal gar nicht schlecht, sorgte aber nicht nur in der üblichen Verschwörungs-Szene für heftigen Widerspruch.

Bei solchen Treffen von Politik und Geld liegt der Gedanke schnell nahe, dass da Mächtige hinter verschlossenen Türen die Geschicke der Welt neu ordnen, ohne dafür von uns demokratisch legitimiert worden zu sein.

Und der Begriff „Great Reset“ beinhaltet ja alles, was man braucht in der Welt derjenigen, die ohnehin alles vom „Deep State“ gelenkt sehen. „Corona“ war dabei die bewusst herbeigeführte Schocktherapie, alle finsternen Pläne auf der Weltbühne umzusetzen. Die Grundbausteine unserer Gesellschaft sollen zerstört werden: die Familie, das Vertrauen in Recht und Gesetz und vor allem die (Meinungs-)Freiheit. Eine „Neue Weltordnung“ sei das Ziel, eine autoritäre, supranationale Weltregierung.

Nun, wenn ich mir die aktuelle Welt so anschau, dann sind wir seither davon weiter entfernt als jemals zuvor in den vergangenen 80 Jahren

Aber solche Erzählungen werden sie nicht mehr los. Die einen behaupten, der Neoliberalismus wolle die Welt übernehmen, andere sehen den „Great Reset“ als Werkzeug, dem Kommunismus weltweit doch noch zum Sieg und zur Herrschaft zu verhelfen. Und ganz ekelhaft wird es, wenn aus der braunen Jauchegrube der angeblich angestrebte globale Umbruch der Weltwirtschaft verknüpft wird mit der angeblichen jüdischen Weltverschwörung. Die Familie Rothschild und George Soros - na klar - sollen drinhängen, aber auch Angela Merkel und Friedrich Merz. Wer glaubt solchen Schmonzes, fragt man sich. Erschreckend viele offenbar.

### Apropos Friedrich Merz

Der kam am Morgen in Davos doch noch zu seinem Auftritt auf der Weltbühne, nachdem das geplante Treffen mit Trump am Vortag geplatzt war. Merz, angeblich auch Teil der großen Weltverschwörung, warnte dabei genau davor:

„Eine Welt, in der nur Macht zählt, ist ein gefährlicher Ort“, sagte er. Die größte Stärke entstehe aber aus der Fähigkeit, Partnerschaften und Allianzen zu bilden, die auf gegenseitigem Vertrauen und Respekt aufbauten.

Da müssten eigentlich alle „Great Reset“-Kritiker aufstehen und Merz applaudieren. Aber so viel Abstraktionsvermögen hat man in diesen Kreisen leider nicht.

Da bastelt man lieber schwarze Internet-Kacheln mit Klaus Schwab im Satanisten-Outfit und findet sich ganz toll überlegen dabei...

---

## **Totgeglaubt und doch mächtig wie einst: Der „Pacto Andino“ der CDU berät über das politische Schicksal von Jens Spahn**

Berufspiloten wissen, dass Flüge über die Anden oft turbulent sind. Denn die Berge stellen große Hindernisse für die Luftströmungen dar und erzeugen sogenannte „mountain waves“ (Bergwellen). Teilnehmer der zwölköpfigen Reisegruppe aus Mitgliedern des Bundesvorstands der Jungen Union (JU), die im Jahr 1979 auf einer mehrwöchigen „Bildungsreise“ durch Südamerika unterwegs waren, erzählten später von einer fast „mystischen Stimmung“ an Bord der stickigen Linienmaschine auf ihrem Weg von Santiago de Chile nach Caracas (Venezuela).

Man war müde, es soll jede Menge Rotwein auf dem mehrstündigen Flug am 25. Juli geflossen sein, als die Idee aufkam, ein Netzwerk zu gründen, das gegenseitig die Karriere der jungen Männer in den kommenden Jahrzehnten innerhalb der CDU fördern und absichern sollte.

Es ist nicht mehr sicher festzustellen, wer genau die Idee aufbrachte, aber wahrscheinlich waren zwei der damals profiliertesten Köpfe ganz vorn dabei: Roland Koch und Christian Wulff. In dieser Nacht vor heute 46 Jahren entstand der „Pacto Andino“, der legendäre Andenpakt.

Wer von uns es ganz nach oben schafft, hilft den anderen

So lautete der einfache Plan.

Man kandidiert niemals gegeneinander. Man schützt sich. Man schweigt. Und das hat über mehr als 20 Jahre wunderbar funktioniert, bis Christian Wulf seinen Mund gegenüber Angela Merkel nicht halten konnte. Dieses Gespräch fand irgendwann im Jahr 2000 statt, kurz nachdem Angela Merkel zur CDU-Bundesvorsitzenden gewählt worden war. Wulff schrieb später, er habe frühzeitig „reinen Tisch“ machen wollen, um die spätere Kanzlerin nicht im Unklaren über die internen Machtstrukturen der CDU zu lassen.

Dabei war der Andenpakt lange entschieden gegen Merkel. Hier die ambitionierten CDU-Männer aus Westdeutschland, dort die „Frau aus dem Osten“, der sie nicht über den Weg trauten und die sie für eine „Übergangslösung“ von höchstens fünf Jahren hielten.

Und die Alphetiere aus dem Westen waren zunächst erfolgreich, verhinderten, dass Merkel 2002

Kanzlerkandidatin der Union wurde. Stattdessen setzten die Pakt-Mitglieder (insbesondere Roland Koch und Christian Wulff) Edmund Stoiber (CSU) durch. Doch Merkel war clever, vereinbarte beim berühmten „Wolfratshausener Frühstück“ bei Brez'n und Würstplatte mit Stoiber, dass sie nach der Wahl das eigentliche Machtzentrum der Union übernehmen würde: den Vorsitz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Stoiber verlor die Bundestagswahl, Merkel übernahm vom völlig überraschten Friedrich Merz die Fraktion, was das Verhältnis der beiden bis heute entscheidend belastet.

### **Freunde werden Merkel und Merz sicher nicht mehr**

In ihrer neuen Funktion ging sie dann sofort daran, die einflussreiche CDU-Seilschaft zu schleifen und einen nach dem anderen kaltzustellen.

Friedrich Merz war übrigens damals im Flieger über den Anden nicht dabei, stieß erst viel später dazu. Und: der „Pacto Andino“ existiert nicht nur immer noch, er scheint weiter mächtig zu sein.

Kurz vor Weihnachten traf sich der Bundeskanzler im Berliner Kulturkaufhaus Dussmann mit einigen führenden Köpfen des Andenpaktes, wie der „Spiegel“ herausfand. Dabei soll es ausführlich um das politische Schicksal des einstigen Hoffnungsträgers Jens Spahn gegangen sein, der heute die CDU/CSU-Bundestagsfraktion führt. Wer genau bei Dussmann mit am Tisch saß ist im Detail nicht bekannt. Sicher ist aber, dass neben Merz Koch, Wulff und der frühere Ministerpräsident und dann EU-Kommissar Günther Oettinger dort waren. Und der Vollständigkeit halber hier die Liste der weiteren Gründungsmitglieder aus dem Flieger im Jahr 1979:

Franz Josef Jung, späterer Verteidigungsminister, war dabei. Friedhelm Ost, der spätere Regierungssprecher von Bundeskanzler Helmut Kohl. Bernd Neumann aus Bremen, langjähriger Kulturstaatsminister, dessen Sprecher ich von 1985 bis 1987 in Bremen war. Hans-Joachim Otto, der später zur FDP wechselte, war an Bord. Volker Bouffier (ehem. Ministerpräsident von Hessen), Friedbert Pflüger (ehem. Staatssekretär), Matthias Wissmann (ehem. Bundesverkehrsminister), Elmar Brok (ehem. EU-Parlamentarier), Hans-Gert Pöttering (ehem. Präsident des EU-Parlaments), Peter Müller (ehem. Ministerpräsident des Saarlands), Christoph Böhr (ehem. CDU-Landeschef in Rheinland-Pfalz) und Wulf Schönbohm.

### **Frauen waren nicht dabei und kamen auch später nicht hinzu**

Der „Pacto Andino“ war und ist stets ein reiner Männerbund.

Und Friedrich Merz teilte und teilt vermutlich bis heute alles, was den Pakt von Anfang an ausmachte: Den westdeutschen Katholizismus, die wirtschaftsliberale Prägung und vor allem die tiefe Abneigung gegen den Aufstieg von Angela Merkel.

Deutschland wird heute von einer schwarz-roten Koalition unter Kanzler Merz regiert, doch es läuft nicht rund. Der Koalitionspartner SPD klebt wie ein Klotz am Bein der Union, die ehrgeizigen Reformpläne kommen nicht voran, wie Merz inzwischen selbst offen einräumt. Und die Kommunikation im

„Bermudadreieck“ zwischen Kanzleramt, Partei und Fraktion funktioniert nicht. Mitten in der Krise traf sich Merz also vor Weihnachten im Restaurant des Berliner Kulturkaufhauses Dussmann mit seinen alten Weggefährten.

Das zentrale Thema des Gesprächs: Jens Spahn. Der galt dem Netzwerk lange als einer der ihren, als das „moderne Gesicht“ des Konservatismus in der Union. Doch der Münsterländer steht unter schwerem Beschuss. Eine unzureichende Kommunikation mit dem Kanzleramt wirft man ihm vor. Spahn wird von der alten Garde immer mehr als eine Belastung für die Regierungskoalition angesehen. Angeblich, so der „Spiegel“, hätten einige Teilnehmer des Geheimtreffens offen über eine Ablösung Spahns spekuliert. Man will die Fraktion wieder disziplinieren, die beim Fall Brosius-Gersdorf und zuletzt beim Aufstand der Jungen gegen die Rentenpläne aus dem Ruder zu laufen scheint.

Dass sich ein amtierender Bundeskanzler im Jahr 2026 mit Männern berät, deren aktive Zeit teilweise über ein Jahrzehnt zurückliegt, zeigt die ungeheure Zähigkeit des Andenpakts. Was 1979 in der Economy-Class einer Linienmaschine als weinseliger Schwur begann, ist fast ein halbes Jahrhundert später das letzte Korrektiv einer angeschlagenen Regierung. Und ein starker Machtfaktor. Für Jens Spahn ist das keine gute Nachricht.

---

## Warum AfD-Jugend-Chef Hohm recht hat...und wieder nicht

*„Grönland ist Teil eines souveränen Staates der Europäischen Union. Als Deutsche und Europäer ist es unsere Pflicht, den Dänen und den Grönländern beizustehen.“* Das schrieb Jan Pascal Hohm, Chef der AfD-Jugendorganisation „Generation Deutschland“ jüngst auf X. Und weiter: *„Wir dürfen uns nicht erpressen lassen – weder durch Zölle noch durch militärische Drohgebärden.“*

Das stimmt!

Leider ist seine Haltung nicht stringent, denn Hohm hat in diversen Äußerungen erkennen lassen, dass er der Ukraine nicht beizustehen gedenkt. Die ist auch ein souveräner Staat, wenn sie auch (noch) nicht zur EU gehört. Hohm kritisiert jede militärische Unterstützung der Ukraine durch die Bundesregierung und lehnt Wirtschaftssanktionen gegen Russland ab.

Und da zeigt sie sich wieder, die Unberechenbarkeit weiter Teile der AfD bei sicherheitspolitischen Themen, die eine Kooperation mit der Partei, wie sie gerade ist, einfach unmöglich machen.

Sind wir für das uneingeschränkte Souveränitätsrecht der Staaten oder sind wir es nicht?

Wie sagte Jesus Christus in seiner fulminanten Bergpredigt einst: „Eure Rede aber sei: Ja, ja; nein, nein. Was darüber ist, das ist vom Übel.“

---

## **Warum eskaliert Trump den Streit um Grönland? Dieses Mal wird Europa nicht einknicken**

In den Hauptstädten der EU-Mitgliedsstaaten zerbrechen sich auch heute Abend viele Entscheidungsträger und Strategen ihre Köpfe über die Frage, was US-Präsident Donald Trump mit seiner Forderung, Grönland zu übernehmen, wirklich bezweckt.

Denn eins ist klar: Die Vereinigten Staaten von Amerika brauchen die größte Insel der Welt nicht. Denn sie sind ja schon da, sie haben alle Rechte, um ihre Truppen dort massiv in kürzester Zeit aufzustocken. Dänemark, Grönland, die EU und die NATO – sie alle sind bereit zu einem einvernehmlichen „Deal“ mit dem US-Partner. Und dennoch zieht Trump sein Vorhaben durch.

Ist das eigentliche Ziel vielleicht gar nicht Grönland? Geht es ihm um eine Machtdemonstration vor den Augen der ganzen Welt? Will der US-Präsident die Europäer insgesamt demütigen?

Leider ist keine der denkbaren Szenarien, so absurd sie auch scheinen, auszuschließen

Die transatlantischen Beziehungen jedenfalls stehen vor einem historischen Tiefpunkt. In nur 48 Stunden ist zwischen den Partnern jenseits des Atlantiks und Europa ein veritabler Handelskrieg ausgebrochen, der die Grundfesten der NATO erschüttert. Nach der Ankündigung massiver Strafzölle gegen acht europäische Kern-Alliierte schlägt Europa nun mit ungewohnter Härte und Einigkeit zurück.

### **„Allianz der Acht“: Widerstand gegen die Erpressung**

In einer gemeinsamen Erklärung haben heute Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, die Niederlande, Finnland, Schweden und Norwegen den US-Präsidenten scharf zurechtgewiesen. Die Botschaft ist eindeutig: „Zolldrohungen untergraben die transatlantischen Beziehungen und bergen das Risiko einer Eskalation.“

Die Wut der Europäer gilt Trumps Versuch, den unerreichbar scheinenden Kauf Grönlands durch wirtschaftliche Daumenschrauben zu erzwingen.

Ab dem 1. Februar sollen 10 Prozent, ab Juni sogar 25 Prozent Zoll auf Waren aus diesen Ländern erhoben werden. Trump ist anscheinend verärgert über die eher symbolische Aktion einiger europäischer

Staaten, kurzzeitig Soldaten nach Grönland zu verlegen. Das Weiße Haus fühlt sich durch die Mission „Arctic Endurance“ provoziert, an der auch 15 Bundeswehr-Soldaten beteiligt waren. Die sind längst auf der Rückreise, aber in Washington ist man befremdet.

### Klare Kante gegen Washington

Europäische Schwergewichte wie Frankreichs Präsident Emmanuel Macron bezeichneten das Vorgehen Trumps als „Frontalangriff auf das Völkerrecht und die europäische Würde“. In einer leidenschaftlichen Ansprache sagte er:

*„Europa ist kein Spielplatz für Immobilien-Deals des 19. Jahrhunderts. Die Souveränität Grönlands und Dänemarks ist nicht verhandelbar. Wer unsere Wirtschaft mit Strafzöllen überzieht, um Landstriche zu kaufen, handelt nicht wie ein Verbündeter, sondern wie ein Aggressor. Frankreich wird jede Maßnahme der EU zur Vergeltung unterstützen.“*

Und die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, eigentlich eine der engsten Verbündeten Trumps und der USA, redete erstaunlich deutlich, obwohl Italien nicht direkt von der ersten Zollwelle betroffen ist.

Meloni:

*„Die Einheit des Westens darf nicht für territoriale Ambitionen geopfert werden. Wenn die USA glauben, sie könnten europäische Nationen durch wirtschaftliche Erpressung spalten, haben sie sich geirrt. Italien steht in voller Solidarität mit Dänemark und unseren Partnern. Ein Angriff auf einen von uns ist ein Angriff auf den europäischen Binnenmarkt.“*

Medien berichten am Abend, dass sich Brüssel auf den Ernstfall eines Handelskrieges vorbereitet. Das Anti-Coercion Instrument (ACI) der EU sei „scharfgeschaltet“.

Die EU bereitet danach Listen vor, die vor allem Industrien in politisch sensiblen US-Bundesstaaten treffen sollen. Von Agrarprodukten bis hin zu High-Tech-Gütern könnte der US-Exportmarkt empfindlich gestört werden. Es wird diskutiert, regulatorische Daumenschrauben für Unternehmen wie Google, Amazon und Meta anzuziehen. Und: „Wenn die USA so weiter agieren, ist es das Ende der NATO.“ Die Aufkündigung der militärischen Zusammenarbeit in der Arktis wäre ein strategisches Desaster für die USA, die dort auf europäische Infrastruktur angewiesen sind.

### Die Karten für Europa sind nicht schlecht

Der Zeitpunkt dieses Konflikts könnte allerdings nicht ungünstiger sein. In Moskau wird der Krimsekt im Kreml sprudeln, und Wladimir Putin kommt abends wahrscheinlich vor Lachen nicht in den Schlaf, wenn er westliche Nachrichtensendungen verfolgt.

Hinzu kommt - wenig im Blick der Öffentlichkeit - das jüngst beschlossene Mercosur-Abkommen der

südamerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft, die 1991 von Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay gegründet wurde. Ziel ist der Freihandel zwischen den Mitgliedsstaaten und jetzt auch den EU-Staaten. Ein fetter Deal im amerikanischen Hinterhof, ohne Uncle Sam zu fragen. Nun, das wird Donald Trump nicht gefallen. Und es ist ein weiterer Pluspunkt für die Europäer.

Während Trump auf seinem Kanal Truth Social behauptet, der Kauf Grönlands sei für die nationale Sicherheit der USA alternativlos, zeigt sich Europa derzeit so geschlossen wie selten zuvor. Der 1. Februar 2026 wird zum Schicksalstag: Entweder lenkt Washington ein, oder der Westen schlittert in einen Grabenkrieg, der weit über Handelsbilanzen hinausgeht.

---

## **Was geht es die SPD an, ob Frau Klatten mit ihren Milliarden vielleicht Grönland kaufen will?**

*„Heute kannst Du der Beste in der Schule gewesen sein. Du kannst der Beste im Studium gewesen sein. Du kannst der Fleißigste auf der Arbeit gewesen sein. Aber Du wirst Dir keine Eigentumswohnung in Berlin leisten können.“* Da müssen wir dem SPD-Chef und Vizekanzler Lars Klingbeil uneingeschränkt recht geben. Dazu ein paar Fakten:

Studien aus dem Jahr 2025 bestätigen, dass der Immobilienkauf in Berlin selbst für Haushalte mit überdurchschnittlichem Einkommen oft nicht mehr finanzierbar ist. Anfang dieses Jahres liegen die Durchschnittspreise in Bezirken wie Friedrichshain oder Kreuzberg weiterhin stabil hoch bei etwa 6.450 bis 6.850 Euro pro Quadratmeter.

Heißt: Um eine Wohnung in Berlin zu finanzieren, ist ein Netto-Einkommen erforderlich, das weit über dem deutschen Durchschnitt liegt. Banken erwarten eine Eigenkapitalquote von 20 Prozent sowie eine maximale Belastung von 35 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens für die Finanzierung einer Immobilie.

### **Das macht keinen Spaß**

Und das kann die SPD und auch die Linke ja gut – kritisieren, den Finger in die Wunde legen. Wie auch die AfD übrigens, die deshalb existiert und so stark ist, weil sie es wagt, Dinge deutlich auszusprechen, die falsch laufen in Deutschland. Aber weil die AfD nicht mitspielen darf beim großen Machtspiel und weil Heidi Reichinnek von den revolutionären Falschabbiegern Gott sei Dank auch nichts zu melden hat, müssen wir uns Lars Klingbeil und die SPD-Vorstellungen zur Entwicklung unserer Gesellschaft dann doch einmal genauer anschauen. Schließlich ist der Mann auch noch Bundesfinanzminister in Zeiten der Krise. Nochmal: BUNDSFINANZMINISTER ist der Mann. Seine Qualifikation? Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover.

Dann nur noch Sozi-Apparatschik: Wahlkreisbüro, Jugendbildungsreferent bei der SPD NRW, Büroleiter bei einem Bundestagsabgeordneten. Bei „Wer wird Millionär“ würde die Frage lauten: Was passt nicht in diese Reihe? Und die richtige Antwort wäre *„Die Antwort ist C, Herr Jauch, Bundesfinanzminister“*.

Das Problem bei Sozialisten ist immer, dass ihnen irgendwann das Geld anderer Leute ausgeht, hat die unvergessene frühere britische Premierministerin Margret Thatcher einst gesagt. Und so ist es auch mit Klingbeil und der SPD.

Sie denken nicht darüber nach, wie es für die Wirtschaft leichter wird, frei zu arbeiten und unser aller Wohlstand zu halten und zu vermehren. Sie denken darüber nach, wie sie die Leistungsbereitschaft von Unternehmen und Arbeitnehmern bremsen können. Sie denken nur ans Umverteilen, es den Reichen wegzunehmen. Das hat noch nie irgendwo funktioniert zum Wohle einer gesamten Gesellschaft, aber sie hören nicht auf mit diesem Unsinn.

**Nehmen wir Klingbeils aktuellen Vorschlag zur Erbschaftssteuer!**

Er beklagt wie Frau Reichinnek, nur nicht so lustig, dass es Menschen gibt, die jedes Jahr hunderte Millionen verdienen ohne dafür wirklich arbeiten – im klassischen Sinne – zu müssen. Einfach weil sie Milliardäre sind und das Geld, das sie besitzen, für sie arbeitet.

Und andere, die jeden Morgen zur Arbeit fahren und schufteten, ja, die können sich nicht einmal eine Eigentumswohnung in Berlin leisten. Obwohl, wer will das überhaupt?

Also im Detail: Die SPD möchte mit ihren Änderungen erreichen, dass sehr große Erbschaften, die derzeit oft nur gering besteuert werden, künftig „einen fairen Beitrag leisten“.

Die lustige Heidi von den SED-Nachfolgern, zieht zur Veranschaulichung gern das Beispiel von Susanne Klatten heran. Die ist Großaktionärin von Unternehmen wie BMW und SKion GmbH und hat hohe Dividendeneinnahmen. Diese Erträge werden nach dem deutschen Steuersystem besteuert. Schätzungen zufolge zahlte sie im Jahr 2023 einen effektiven Steuersatz von rund 27 Prozent auf ihr Jahreseinkommen von fast 4 Milliarden Euro (!). Das ist eine ganze Menge, oder? Kann Sie das überhaupt ausgeben? Vielleicht, wenn sie Grönland kaufen möchte.

Aber ist es gerecht, wenn Frau Klatten 27 Prozent zahlt und eine kleine GmbH mit 30 bis 33 Prozent steuerlich belastet wird? Wenn man es so betrachtet sicher nicht.

Aber – das weiß Frau Reichinnek nicht, weil Sozialisten so nicht denken können: Klattens Vermögen ist fast vollständig in Aktien (BMW etc.) gebunden. So können Erben geltend machen, die Steuern nicht aus privatem Cashflow zahlen zu können. Und niedrige Steuern in Holdings fördern nachweisbar Reinvestitionen am Standort Deutschland. Aber das erste Argument ist entscheidend: Eine hohe Erbschaftsteuer auf Milliardenvermögen würde die Substanz von deutschen Weltmarktführern – da gibt es immer noch viele – gefährden, da Aktienpakete verkauft werden müssten, um die Steuer zu begleichen.

Es ist nicht so einfach, das Klein-Klein

Doch, die ganze Debatte lenkt vom Eigentlichen ab – wie so vieles in Deutschland, das nur situativ, aber nicht grundsätzlich betrachtet wird. Warum gibt es überhaupt eine Erbschaftssteuer?

Der Staat hat im Grunde kein Recht, nach einem Todesfall nach Herzenslust zuzugreifen, weil er ja bereits während der Erarbeitungsphase des Vermögens über Steuern oft mehrfach sogar profitiert hat. Das ist das Thema, und nicht, ob Frau Klatten die Phantasie hat, ihre Milliarden auch auszugeben. Und wenn Sie Grönland kaufen will, dann geht es das Finanzamt nichts an – und Herrn Klingbeil und seine SPD auch nicht.

**Spendenkonto für diesen Blog: DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder Mit PayPal @Vers 1 Medien GmbH...**